

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Staatspolitische Kommission  
CH-3003 Bern

www.parlament.ch  
spk.cip@pd.admin.ch

An die Kantonsregierungen

20. Oktober 2006

**06.425 Parlamentarische Initiative. Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat am 20. Oktober 2006 das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **10. Januar 2007**.

Mit der Vorlage sollen die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass abonnierte Zeitungen und Zeitschriften auch nach 2007 von vergünstigten Posttaxen profitieren können. Der Bund soll dafür weiterhin 80 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung stellen.

In der Beilage erhalten Sie den Vorentwurf für einen entsprechenden Erlass der Bundesversammlung mit einem erläuternden Bericht. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlage können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

bezogen werden.

Wir bitten Sie höflich, Ihre Stellungnahme bis zum genannten Zeitpunkt an folgende Adresse zu richten: **Postregulationsbehörde PostReg, Bundeshaus Nord, 3003 Bern.**

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Gross, Kommissionspräsident



Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d,f,i)

*ZH, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG: d*

*VD, NE, GE, JU: f*

*BE, FR, VS: d,f*

*TI: d,f,i*

- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d,f,i)